

## **Tagungsbericht zur Internationalen Jahrestagung des Forums Mittelalter „Pluralität – Konkurrenz – Konflikt. Religiöse Spannungen im städtischen Raum der Vormoderne“ (22.-24.11.2012, Regensburg)**

---

Die internationale Jahrestagung des interdisziplinären Forschungsverbundes „Forum Mittelalter“ der Universität Regensburg (22.-24.11.2012) stand in diesem Jahr unter dem Thema „Pluralität – Konkurrenz – Konflikt. Religiöse Spannungen im städtischen Raum der Vormoderne“ und vereinte FachvertreterInnen aus der Geschichte, Judaistik, Kirchengeschichte, Kunstgeschichte und Philosophie.

Als Orte verdichteter kommunikativer Beziehungen und eines komplexen räumlichen Arrangements waren die vormodernen Städte Zentren des religiösen Geschehens. Dabei war dies nicht nur unter urbanistischem Gesichtspunkt etwa angesichts einer Verdichtung der Sakraltopographie von Belang, sondern bedeutete auch zunehmende Konkurrenz, unter geistlichen Gemeinschaften innerhalb des Christentums und zwischen verschiedenen religiösen Kulturen. Stadtgemeinschaften gingen mit religiöser Pluralität nicht nur friedlich-pragmatisch um, sie waren bekanntlich ebenso Schauplätze blutiger Religionskonflikte.

Die Vorträge der Jahrestagung deckten neben einem großen Zeitrahmen – von der Spätantike bis in die frühe Neuzeit – auch ein weites räumliches wie inhaltliches Spektrum ab. Ein Schwerpunkt lag auf interreligiösen Beziehungen, vorrangig auf christlich-jüdischen Polemiken, Abgrenzungsstrategien und Konflikten im städtischen Raum der Vormoderne. Weitere Themenfelder behandelten die spätantike Stadt, die Etablierung neuer religiöser Akteure in mittelalterlichen Städten, insbesondere die Bettelorden, und die Konfliktpotenziale des konfessionellen Zeitalters.

Einen wichtigen Aspekt der christlich-jüdischen Kontroverse des Mittelalters stellen die sogenannten Talmuddisputationen dar. In ihrem Eröffnungsvortrag thematisierte URSULA RAGACS die christlich-jüdischen Streitgespräche des Spätmittelalters, insbesondere die Disputationen von Paris, Barcelona und Tortosa. Sie zeigte anhand der Disputationsprotokolle die komplexen Interpretationsmöglichkeiten im Verbund mit jüdischer Bibelauslegung und rabbinischer Literatur auf. In der anschließenden Diskussion kam allerdings die Frage auf, ob der urbane und öffentliche Raum, der die Bühne für diese Disputationen bot, nicht doch eine größere Rolle für die Geschehenszusammenhänge spielte, als in dem stark textorientierten Vortrag aufscheinen konnte.

Der Freitagvormittag begann mit einem Vortrag von JOHANNES HAHN (Münster), der die weit verbreitete Meinung, dass die Expansion des Christentums und die christliche Inbesitznahme des urbanen Raumes relativ friedlich und konfliktfrei verliefen, widerlegte. Mit der konstantinischen Wende 313 n. Chr. gewann das Christentum, staatlich gefördert, rapide an Präsenz und Einfluss. Damit einher gingen jedoch religiöse Konflikte, die der paganen Welt zuvor unbekannt waren. Anstatt der früheren Hunger- oder Zirkusrevolten stürten jetzt religiös motivierte bzw. begründete Konflikte das öffentliche Leben und stellten das staatliche Gewalt- und Ordnungsmonopol in Frage. Waren es zunächst vor allem innerreligiöse Kämpfe, die sich zum Beispiel um die Besetzung bedeutender Bischofssitze drehten, richteten sich die christlichen Aggressionen bald auch gegen Andersgläubige wie Juden und Heiden.

Im Anschluss rückte ANDREAS MERKT (Regensburg) einen buchstäblich „randständigen“ Bereich des spätantiken städtischen Raumes ins Zentrum: die außerhalb der Stadt angesiedelten Nekropolen. Zwar waren diese nur in wenigen Fällen Orte der Gewalt und des Konflikts – vereinzelt kam es zu Grabschändungen oder gewaltsamen Übergriffen, meist waren die Friedhöfe aber eher Orte der Entspannung und des Festes –, dafür spielten sie eine wichtige Rolle für das christliche Selbstverständnis, die christliche Kultur und deren Verbreitung im urbanen Raum, aber auch im Umland und darüber hinaus. Friedhöfe waren sowohl Zufluchtsorte, als auch Orte religiöser Identität, an denen sich Christen zum Gebet und zur Verehrung der Märtyrer trafen. Daneben erfüllten sie auch eine wichtige Funktion im Rahmen der von ANDREAS MERKT als „Nekropolitik“ bezeichneten Strategien, die sich zur Verwirklichung ihrer Ziele, wie der Verbreitung und Festigung des christlichen Glaubens oder der

Überformung der alten paganen Traditionen, des Totengedenkens bedienten. Dazu wurde etwa der Jahreskreis mit christlichen Totengedenktagen aufgefüllt oder religiöse Expansionspolitik mit Hilfe von Reliquientranslationen betrieben. Auch Maßnahmen wie z.B. der Bau von Basiliken bei den Friedhöfen, die dortige Abhaltung von Gottesdiensten und die Zentrierung des Totengedenkens anstelle von privaten, teils ausufernden Totenmählern sorgten für eine Festigung des Glaubens und die Durchsetzung christlicher Werte.

JOSEF BAMBERGER (Frankfurt/M.) konzentrierte sich in seinem Beitrag auf die schriftliche Austragung bzw. Verarbeitung eines interreligiösen Konflikts, indem er anhand von vier Texten die Eigenschaften der polemischen Erzählung in der jüdischen Kultur des Mittelalters herausarbeitete. Zu den bekanntesten jüdischen Werken, die die Debatte zwischen Juden und Christen im Mittelalter thematisieren, zählt das Buch *Sefer Nizzahon Yashan (Nizzahon Vetus)*, das im 13. Jahrhundert in Deutschland verfasst wurde. Daneben finden sich aber auch in nicht rein polemischen Texten, z.B. hagiographischen Anekdoten wie etwa der mittelalterlichen Legende über Rabbi Jehuda he-Chassid aus Regensburg, polemische Elemente, mit denen der ursprüngliche Text immer stärker überformt wurde. In dieser Legende „übersetzt“ Rabbi Jehuda he-Chassid einem mächtigen und bösen Bürger auf dessen Drängen hin das Geschrei eines Lammes, das von der Untreue dessen Frau berichtet, woraufhin der böse Bürger sich bei Rabbi Jehuda entschuldigt und seine feindliche Geisteshaltung ändert. Dem stark von Konflikt und Leid geprägten jüdischen Alltag im Mittelalter setzte man nach BAMBERGER also solche, eine alternative Wirklichkeit konstruierende Erzählungen entgegen.

BIRGIT WIEDL (St. Pölten) skizzierte in ihrem Vortrag anhand des städtischen Fleischverkaufs einen Konflikt, der auf den mittelalterlichen Marktplätzen auf dem Rücken der Juden ausgetragen wurde und bei dem vielfach nicht nur religiöse Vorstellungen eine Rolle spielten, sondern vor allem ökonomische Interessen. Streitpunkt war der Verkauf von jüdischem Fleisch an Christen, das aufgrund eines Fehlers beim Schlachten oder anderen Gründen als nicht kosher galt, wodurch die Juden eine Konkurrenz für die örtlichen Fleischhauer darstellten. Der Verkauf von jüdischem Fleisch wurde deswegen durch verschiedene Auflagen und Repressalien erschwert oder gar verhindert. Städtische Verordnungen legten etwa höhere Preise für das jüdische Fleisch fest, begrenzten die Zeiten, in denen der Verkauf gestattet war, oder sorgten für eine räumliche Separierung der christlichen von den jüdischen Fleischbänken, so dass diese teilweise nicht nur an den Rand des Marktplatzes, sondern sogar aus der Stadt verbannt wurden. BIRGIT WIEDL zeigte, dass vor allem die verordnete räumliche Nähe jüdischer Fleischbänke zu den Verkaufsstellen minderwertigen Fleisches, dem *pfinnig fleisch*, zu einer religiös-kulturell geprägten Konnotation von Juden mit Verdorbenen und Verderblichem führte und so eine weitere Variante der Stigmatisierung der Juden im städtischen Raum bildete.

HANS-CHRISTOPH DITTSCHIED (Regensburg) widmete sich in seinem Vortrag einer anderen Form der öffentlichen Stigmatisierung der Juden, einer, die sich in Bauwerken, Skulpturen und Bildwerken in der Stadt Regensburg manifestierte. Schon lange vor der Vertreibung der Juden im Jahr 1519 finden sich – trotz des meist relativ guten Verhältnisses zwischen Regensburger Juden und Christen – am Dom die antijüdischen Darstellungen des Tanzes ums Goldene Kalb sowie eine Judensau, was eine Herabsetzung und Erniedrigung in direkter Nachbarschaft des jüdischen Viertels darstellte. Um den „Triumph“ nach der jüdischen Vertreibung irreversibel zu machen und zu glorifizieren, errichtete man anstelle der alten Synagoge die Kapelle „Zur Schönen Maria“, die sich auf der Grundlage eines „Wunders“ während des Abrisses der Synagoge zum Ziel einer ekstatischen Wallfahrt entwickelte. Nachdem Regensburg 1542 zum Protestantismus übertrat, wurde die ehemalige Wallfahrtskirche schließlich zur ersten Kirche des neuen Glaubens, zur Neupfarrkirche.

Mit dem Ziel, den Primat religiöser Gründe für die häufigen Verfolgungen und Anfeindungen, denen das Judentum im Mittelalter ausgesetzt war, anzuzweifeln oder wenigstens abzuschwächen, beleuchtete CHRISTIAN SCHOLL (Münster) in seinem Vortrag zahlreiche Fälle von Ausschreitungen gegen Juden, bei denen vordergründig wohl vor allem andere Ursachen, z.B. finanzieller, politischer oder baupolitischer Natur, für das drastische Ende der teils jahrelangen friedlichen Koexistenz zwischen christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit ursächlich waren. Während bei den Kreuzzugsverfolgungen 1096 religiöse Motive wie die Rache an den vermeintlichen Mördern Christi im Vordergrund

standen, spielte der Faktor Religion laut SCHOLL z.B. bei der Armlieverfolgung 1336-38, im Zuge derer verschuldete Landadlige und ihre Anhänger, verarmte Bauern und andere sozial Niedriggestellte, marodierend durch das Land zogen und Massaker an Juden verübten, nicht die entscheidende Rolle. Politische und baupolitische Beweggründe scheinen dagegen in Nürnberg hinter dem Pogrom von 1349 zu stehen, da es im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Stadtherrschaft und dem Interesse der Stadt an den im Zentrum liegenden Judenhäusern zu sehen ist. In der anschließenden Diskussion kam jedoch die Frage auf, ob nicht immer ein ganzes Bündel an Faktoren zu berücksichtigen sei und religiöse Gründe in den meisten Fällen zumindest als Feigenblatt dienten, um das grausame Vorgehen zu rechtfertigen.

ANNA SAPIR ABULAFIA (Cambridge/GB) machte in ihrem Beitrag die Bedeutung des „jewish service“ für das Verständnis des komplexen und teils paradoxen Verhältnisses zwischen Juden und Christen im Mittelalter und der wechselnden politischen, sozialökonomischen, kulturellen und religiösen Stellung der Juden im christlichen Abendland zwischen 1000 und 1300 stark. Nach der bei Augustinus von Hippo (*Testimonium Veritatis*) und später bei Papst Gregor I. grundgelegten Idee übten die Juden eine wichtige dienende Funktion im christlichen Heilsplan und Selbstverständnis aus, indem sie mit ihrer Existenz die Wahrheit des Alten Testaments und seiner Prophezeiungen bezeugten und als personalisierte Indikatoren für das Herannahen des Weltgerichts fungierten, da sie sich nach einer Prophezeiung des Paulus am Ende aller Zeiten zu Jesus bekehren würden. Im Gegensatz zu Anhängern paganer Kulte oder häretischer Ansichten wurden sie deshalb von den Christen geduldet und durften ihrer Religion nachgehen. Dieser theoretische Ansatz übertrug sich auch in die Praxis, wo die Juden als religiöse Minderheit der christlichen Mehrheit vor allem finanziell zu dienen hatten und deren Willkür unterworfen waren. Obwohl die Christen intellektuell, ökonomisch und finanziell von den Juden profitierten und über weite Strecken in friedlicher Koexistenz mit ihnen lebten, kam es in den Städten immer wieder zu grausamen Pogromen, die oft mit einer weiteren Konnotation des jüdischen *servitium*, dem Hinhalten als Sündenböcke für die Ermordung Christi und für Unheil jeglicher Art, begründet wurden.

STEFAN SCHICK (Regensburg) hob den greifbaren interreligiösen Konflikt in mittelalterlichen Städten auf die Ebene der philosophischen Reflexion. Dabei interessierte ihn die Rechtfertigung der Philosophie im Rahmen der Koranauslegung durch den andalusischen Denker Ibn Ruschd (Averroes). Für Averroes bildete die Klasse der Theologen aufgrund ihrer dialektischen Auslegung des Koran Anlass zur Kritik, da sie die Philosophie in Misskredit bringe und die Gläubigen verwirre. Andererseits ist es allerdings gerade das dialektische Prinzip, das zur Anwendung kommt, wenn Averroes den Islam als beste aller Religionen gegenüber dem Islam begründet. Die anschließenden Wortmeldungen ließen erkennen, dass der Vortrag die Titellankündigung, wonach die Stellung der Philosophie in den Städten des *dâr al-islâm* thematisiert werden sollte, nicht habe einlösen können.

RALF LÜTZELSCHWAB (Berlin) schloss den Freitag mit seiner Untersuchung des Konflikts zwischen der Benediktinerabtei von Westminster, die für die königliche *memoria* zuständig war und als königliche Grablege diente, und dem benachbarten, 1348 von Edward III. gegründeten Kanonikerkolleg, das in der Palastkapelle St. Stephen's beheimatet war und für die gottesdienstliche „Grundversorgung“ des Königs und seines Gefolges verantwortlich war. Aus der anfänglichen Konkurrenz entwickelte sich in kürzester Zeit ein handfester Streit um die Gunst und damit die materiellen Zuwendungen des Königs, vor allem aber um die Jurisdiktion. Die Kanoniker wehrten sich heftig und lange gegen eine Abhängigkeit von Westminster Abbey und erreichten schließlich einen Kompromiss: gegen eine jährliche Abgabe von 5 Mark an die Abtei von Westminster erhielt das Kolleg seinen exemten Status und die Möglichkeit die personelle Besetzung und damit die Geschicke von St. Stephen's zu beeinflussen. Die Öffentlichkeit nahm regen Anteil an diesem Streit, vor allem auch weil er durch die Beteiligung des Papstes und des Königs neue politische Dimensionen erreichte.

SITA STECKEL (Münster) eröffnete den Samstagmorgen mit einem Vortrag zu einer Episode des Pariser Bettelordensstreits im 13. Jahrhundert, der gleichzeitig das Konzept der städtischen Öffentlichkeit näher bestimmte. Bühne dieser Episode bildete die Universität von Paris, da sich hier um 1252 ein heftiger Streit um die Anzahl der Lehrstuhlstellen entzündete, der sich zu einem Grundsatzstreit zwi-

schen Weltklerus und Bettelorden entwickelte, als die Mendikanten durch die Korporation der Universität verwiesen wurden und die Kontroverse daraufhin vor den König und schließlich vor den Papst getragen wurde. Die im Rahmen der inneruniversitären Auseinandersetzungen und an Papsthof und Kurie entstandenen Schriften wurden polemisch überformt und für ein breites Publikum zugänglich gemacht, so dass von einer rahmenden, den Streit stark befördernden Öffentlichkeit auszugehen ist. Dabei beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig der Häresie und hantierten mit emotionalisierender Polemik, wie der Bezeichnung der Dominikaner als Jünger des Antichristen oder der Kennzeichnung des Klerus als moralisch verkommen und sexuell übergriffig. In der anschließenden Diskussion wurden vor allem die Mechanismen und die Kommunikationskanäle der Instrumentalisierung von Teilöffentlichkeiten, wie sie etwa durch die Übersetzung von Urkunden und Bullen in die Volkssprache und deren öffentliche Verlesung in den Pariser Pfarrkirchen oder auf dem Marktplatz erreicht wurde, und deren Ergebnis, die stärkere Verklammerung von Universität, Königshof und Stadtöffentlichkeit, erörtert.

GEORG MODESTIN (Freiburg/CH) unternahm ebenfalls eine historisch kleinteiligere und nah an den Quellen liegende Untersuchung, indem er anschließend Hintergründe, Vorgeschichte und Verlauf des Straßburger Waldenserprozesses beleuchtete. Dieser wurde im Frühjahr 1400 vom städtischen Rat gegen die kleine, dort ansässige waldensische Gemeinde geführt und zog zahlreiche Verbannungen nach sich. Der Prozessverlauf sowie zahlreiche Hintergrundinformationen sind unter anderem wegen der zahlreichen, im Straßburger Archiv erhaltenen Prozessakten außerordentlich gut überliefert. Besonders interessant ist, dass die Waldenser, obwohl sie im Privaten ein abgeschottetes Leben im Kreise der Familie führten, politisch, ökonomisch und sozial sehr gut ins Stadtgefüge integriert waren und sogar wichtige politische Ämter im Rat besetzten. Wirtschaftlich spielten sie, begünstigt durch ihre weitreichenden Kontakte z.B. nach Schwaben, ins Elsass und in die Schweiz, ebenfalls eine wichtige Rolle. Generell ist nach MODESTIN davon auszugehen, dass die Anwesenheit von Waldensern in Straßburg ein offenes Geheimnis war und der Stadtrat sich erst zum Handeln gezwungen fühlte, als der Basler Dominikaner Peter Mangold in seinen Predigten die Verhältnisse öffentlich anprangerte und so den Ruf der Stadt gefährdete. Ebendiese stillschweigende Duldung der Häresie und die gute öffentliche, soziale und politische Integration ihrer Anhänger ist – so zeigte die Diskussion im Anschluss – in vielen europäischen Städten, namentlich den französischen zu beobachten.

Mit ihrem Beitrag zu Medien, Akteuren und Maßnahmen der konfessionellen (Neu-)Besetzung des städtischen Raumes in Osnabrück leitete SABINE REICHERT (Mainz) den frühneuzeitlichen Teil der Tagung ein. Als der neugewählte katholische Bischof Franz Wilhelm Graf von Wartenberg (1625-1661) trotz mehrfacher konfessioneller Wechsel seit der ersten Einführung der Reformation in Osnabrück auf eine mehrheitlich lutherische Bevölkerung in der Stadt stieß, ergriff er sogleich die Initiative und versuchte mit zahlreichen Maßnahmen, die in der Chronik des lutherischen Bürgers Rudolf von Belinckhausen ausführlich und anschaulich überliefert sind, die Stadtbevölkerung zur Konversion zu bewegen. Dazu zählten etwa das Verbot des lutherischen Gottesdienstes und der Stadtverweis der evangelischen Prediger sowie die Überstellung der beiden städtischen Pfarrkirchen zum katholischen Ritus und deren Neugestaltung und -ausstattung nach tridentinischen Maßstäben. Mithilfe zahlreicher Prozessionen oder geistlicher Spiele, bei denen sich besonders die Jesuiten hervortaten, bemühte man sich intensiv um die Erschließung des städtischen Raumes. Der Erfolg dieser umfassenden Maßnahmen lässt sich jedoch schwer beurteilen, da mit der Einnahme Osnabrücks durch die Schweden im September 1633 die Stadt wieder evangelisch wurde. In der Diskussion beschäftigte vor allem die Tatsache, dass die häufigen konfessionellen Wechsel nicht zu offenen Streitigkeiten führten und die Reaktionen der Osnabrücker sehr friedlich und gemäßigt ausfielen.

DANIEL BELLINGRADT (Erfurt) veranschaulichte anschließend nochmals eindrucksvoll, dass derart friedliche Reaktionen im städtischen Raum im konfessionellen Zeitalter nicht der Regelfall waren. Die (halböffentliche) Abhaltung eines – in der katholischen Stadt Köln verbotenen – evangelischen Gottesdienstes im brandenburg-preußischen Residentenhaus führte 1708 zu einem durch mündliche Gerüchte, Flugdrucke und Predigten angeheizten, ausufernden Streit, der im April 1708 eskalierte, als eine große Menge von etwa 1000 Studenten und anderen Stadtbewohnern die offizielle Residenz

Brandenburg-Preußens attackierte und beschädigte. Der ursprünglich stadtinterne Streit weitete sich zu einem schweren reichsrechtlichen Konflikt zwischen der Stadt Köln, welche die Gottesdienste als Angriff auf den als sakrosankt interpretierten Stadtraum Kölns wertete, und der Kur Brandenburg, die sich auf das Gesandtenrecht berief, aus. Als die Angelegenheit schließlich auch vor den Reichstag in Regensburg getragen wurde, erfuhr sie nicht nur eine breite Resonanz in der Region Köln, sondern sogar reichsweite Aufmerksamkeit. Besonders spannend sind in diesem Fall die Mechanismen der innerstädtischen Meinungsbildung und der Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit, die die typische Dynamik religiöser Spannungen im städtischen Raum der frühen Neuzeit eindrucksvoll aufzeigen können.

Der Vortrag von BERNHARD HACKL (Frankfurt/M.) skizzierte zum Abschluss ein Habilitationsprojekt zu neuen historisch-komparatistischen Auswertungsansätzen der frühen Toleranzgesetzgebung im „Alten Reich“ zwischen 1648 und 1800. Dabei soll unter anderem das Teiluntersuchungsfeld „städtischer Raum“ erschlossen werden, für das interdisziplinäre Arbeiten zur praktischen religiösen Toleranz weitgehend fehlen. Ein exemplarisch auf den städtischen Bereich eingegrenztes Quellencorpus „Toleranzedikte“ wurde auf Basis einer komparatistischen Perspektive im interdisziplinären Spannungsfeld von Theologie, Historiographie und historisch arbeitender Sozial- und Kulturwissenschaft erläutert. Als erste Forschungsergebnisse bezüglich früher Textbeispiele aus dem „Alten Reich“ konnte HACKL ein breites Spektrum an Begriffen für die einzelnen tolerierten Gruppen und das geringe Reflexionsniveau einer eigenen „Toleranztheorie“ konstatieren.

Durch die Vorträge der Jahrestagung, die neben einem großen Zeitrahmen auch ein weites räumliches wie inhaltliches Spektrum aufzeigten, ließ sich bestätigen, dass den komplexen und facettenreichen Prozessen städtischer Konflikte erst eine fächer- und epochenübergreifende Perspektive gerecht werden kann. Entwicklungslinien städtischer Konfliktpotentiale ließen sich von der urkirchlichen Etablierung des christlichen Kults in den Städten über innerkirchliche und interreligiöse Spannungen im Mittelalter bis ins Zeitalter der Konfessionalisierung ziehen. Insgesamt zeigte sich, dass an der Bewältigung städtischer Pluralität über die Jahrhunderte unterschiedlichste Medien (Texte, Skulpturen, Bauwerke, Topographien, Rituale) und Akteure (kirchliche Gemeinschaften, kultische Minderheiten, städtische Herrschaftsträger) beteiligt waren und der Ausschlag zum öffentlich ausgetragenen Konflikt und dessen Fortentwicklung jeweils unter Einbezug vieler Einflussfaktoren im dichten städtischen Kommunikationsgeschehen nachgezeichnet werden muss.

Clàudia Kirchner Vives und Helen Schleicher  
(Masterstudiengang „Kulturgeschichtliche Mittelalter-Studien“,  
Forum Mittelalter, Universität Regensburg)